P1

Projekt

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am: 17.03.2018)

Titel: **Projekte zu Kapitel 1**

Beschreibung

Damit Bayern sein Gesicht behält: Betonflut eindämmen

In Bayern verschwindet zu viel natürliche Fläche unter Asphalt und Beton. Immer neue Gewerbegebiete, Logistikzentren, Straßen und Einkaufszentren entstehen auf der grünen Wiese. Die bayerische Kulturlandschaft wird zerstört, die Ortskerne bluten aus. Wir stoppen diese Entwicklung und führen eine gesetzliche Höchstgrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag ein. Dadurch wird die Zerstörung unserer Landschaft eingedämmt, die Ortszentren revitalisiert und es bleibt genügend Raum für weitere Entwicklung. Für die Umsetzung sind verschiedene Maßnahmen denkbar, wie zum Beispiel ein Flächenpool, Flächenzertifikate, neue Qualitätskriterien für Planung, Kontrollsysteme, Erleichtern von Innenentwicklung oder Stärken der Landesplanung. Künftig heißt es: Nachdenken, bevor der Bagger kommt.

Riedberger Horn schützen, Alpenschutz ernst nehmen

Am Riedberger Horn im Allgäu soll eine neue Lifttrasse in die Natur gefräst werden – durch ein ökologisch äußerst wertvolles Gebiet, das bislang in der höchsten Schutzzone des Alpenplans lag. Dieser wurde nun extra für die neue Lifttrasse geändert – obwohl dadurch ein empfindliches Ökosystem zerstört wird und obwohl das ein Verstoß gegen die Alpenkonvention darstellt, zu der sich

Bayern völkerrechtlich verbindlich verpflichtet hat. Wir GRÜNE stellen uns mit aller Macht gegen diesen Naturfrevel und setzen uns mit Nachdruck dafür ein, den Alpenplan und seine Schutzfunktion wiederherzustellen.

Für Artenvielfalt und Naturschutz: Mehr Nationalparke in Bayern

Um die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten in Bayern zu schützen, brauchen wir mehr Schutzräume für bedrohte Arten und Ökosysteme. Deshalb schaffen wir in Bayern weitere Nationalparke. Für die Buchenwälder im Steigerwald, die Laubwälder im Spessart, das Ammergebirge, die Auen an der Isar und Donau und die Rhön lassen wir Machbarkeitsstudien erstellen. Diese sind offen in ihrem Ergebnis, beziehen die Menschen vor Ort von Anfang an mit ein und stellen die Auswirkungen einer Unterschutzstellung auf die betroffenen Regionen dar. Untersucht werden besonders die Eignung aus naturschutzfachlicher Sicht, die Vor- und Nachteile für die regionale Wirtschaft, die Forst- und Landwirtschaft und den Tourismus. Kein Gebiet darf ohne genaue Überprüfung nur aus politischen Gründen ausgeschlossen werden. Wir wollen bei Eignung und im Dialog mit der örtlichen Bevölkerung mindestens eines dieser fünf Gebiete als Nationalpark ausweisen.

Weniger Müll – Initiativen stärken und selber tun!

Meere, Wälder oder Innenstädte sollen frei sein von Plastiktüten, Flaschen oder Pappkartons. Wir reduzieren aktiv den Verpackungsmüll. Verpackungsfrei und ohne Plastiktüte einkaufen, „Coffee to go again“, Wiederbefüllen von Wasserflaschen oder Alltag ohne Plastik, die Ideen sind schier endlos und eine Vielzahl von Initiativen bewirken Bemerkenswertes. Weniger Verpackung benutzen bedeutet auch weniger Verpackung herstellen, also weniger Energie- und Rohstoffverbrauch. Das ist praktizierter Umweltschutz ganz konkret. Da sind wir selbstverständlich mit dabei und unterstützen diese Initiativen: mit Marketingkampagnen, mit Fördermitteln oder mit unserem eigenen Tun. Mit uns wird auch der Einkauf im Landtag verpackungsarm – und das ist gar nicht so wenig!

Klimaschutz – klar und verbindlich

Klimaschutz geht uns alle an. Aber wenn es konkret wird, zeigt man gerne auf die anderen. Wir ändern das und bringen für Bayern ein Klimaschutzgesetz auf den Weg. Darin legen wir klare und verbindliche Ziele fest, wie der Ausstoß von Klimagasen in Bayern reduziert wird. Alle Sektoren – Stromerzeugung, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft – werden darin berücksichtigt. Es wird laufend überprüft, ob die Ziele eingehalten werden und ob es nötig ist, nachzusteuern. Bayern kann die Klimaüberhitzung nicht alleine stoppen. Aber als

wirtschaftliches starkes Land haben wir die Verantwortung, unseren Beitrag zum Schutz des Erdklimas zu leisten und zu zeigen, wie erfolgreicher Klimaschutz funktioniert.

Mehr Power für die Windenergie: 10H-Regelung abschaffen

Windenergie ist eine der wichtigsten Säulen der Energiewende – preiswert, sicher und sauber. Dank moderner Technik hat die Windenergie auch im Süden Deutschlands ein riesiges Potenzial. Zahlreiche Bürgerenergiegesellschaften haben den Windausbau in Bayern nach Fukushima erfolgreich in die Hand genommen -bis die CSU-Regierung mit ihrer windkraftfeindlichen 10H-Regelungen für Stillstand gesorgt hat. Diese überzogene Abstandsregelung werden wir abschaffen. Stattdessen stärken wir die Regionalen Planungsverbände und die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. So wird die Windenergie naturverträglich und in Bürgerhand zum Rückgrat der Energiewende in Bayern.

Unterstützung von nebenan: Energieagenturen in allen Landkreisen

Für eine erfolgreiche Energiewende müssen viele kleine Puzzleteile zusammengesetzt werden: Wie dämme ich mein Haus? Wie können Mietshäuser mit Sonnenstrom versorgt werden? Was macht der Industriebetrieb mit seiner Abwärme? Wie wird die Energieversorgung der Schule klimafreundlich?

Der erste Schritt zur Umsetzung jedes Projekts ist eine kompetente und unabhängige Beratung. Und die muss leicht zu erreichen sein. Am besten gleich um die Ecke. Es gibt in Bayern bereits vereinzelt erfolgreiche Beispiele von Energieagenturen, die sich vorbildlich für mehr Klimaschutz in der Region einsetzen. Wir wollen auf vorhandene Strukturen aufbauen und die Lücken schießen – mit einem flächendeckenden Netz von regionalen Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten.

Saubere Wärme: Ausbauoffensive für Wärmenetze

Unsere Welt ist immer stärker vernetzt. Auch der Strom, den wir nutzen, wird über Leitungen bis zur eigenen Steckdose geliefert. Nur beim Heizen unserer Häuser und Wohnungen kochen noch fast alle ihr eigenes Süppchen. Das ist teuer, ineffizient und meistens auch nicht klimafreundlich.

Wir wollen den Wärmemarkt revolutionieren. Mit dem Ausbau von Wärmenetzen schaffen wir „Dorfheizungen“ oder „Wärmeverbünde“ in größeren Städten. Ungenutzte Wärmeenergie aus der Industrie kann in diese Netze eingespeist werden. Für die restliche Energie sorgen Solarthermie, Geothermie, Kraft-Wärme-

Kopplung oder andere klimafreundliche Erzeugungsformen. So bleibt der eigene Heizungskeller sauber!

Für wirksamen Hochwasserschutz

Durch die Klimaüberhitzung steigt die Hochwassergefahr. Wir GRÜNEN wollen die Menschen in Bayern vor Schaden schützen und treffen Vorsorge für einen integrierten und wirksamen Schutz. Das bedeutet konkret, Flüssen und Bächen wieder mehr Raum geben, damit sich das Wasser auf Wiesen und in Auwäldern sammelt statt die Orte zu überfluten. Die Versiegelung des Bodens mit Asphalt und Beton stoppen wir, damit das Regenwasser versickern kann und nicht ungebremst in die Flüsse fließt. Ackerböden dürfen nicht weiter verdichtet und müssen ökologischer bewirtschaftet werden, damit sie mehr Wasser aufnehmen können. Stabile artenreiche Bergwälder mit intakten Waldböden können Starkregen dämpfen. Auch Moore sind natürliche Schwämme, wenn sie renaturiert und nicht entwässert werden. Nur auf höhere Deiche und Flutpolder zu setzen, das reicht nicht.

Bildungspaket Klimaschutz

Der Schutz unseres Klimas ist die Jahrhundertaufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Um die kommenden Generationen für diese Aufgabe zu sensibilisieren, wollen wir GRÜNEN den Klimaschutz mit allen Facetten in die Lehrpläne einbringen. Klima, Naturkatastrophen, Fluchtursachen, Artensterben, Regenwaldabholzung, Wirtschaft, Gesundheit, Hunger und soziale Gerechtigkeit hängen zusammen. Alle diese Themen tangieren den Unterricht an unseren Schulen. Ob Geografie, Biologie, Chemie, Sozialkunde, Mathematik oder Ethik: die Ursachen und Folgen der Überhitzung unseres Klimas möchten wir ebenso im Lernstoff an allen Schulen verankern wie Wege, wie wir aus der aus der Klimakrise wieder herauskommen. Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt. Deshalb müssen ihnen helfen, global zu denken und Zusammenhänge zu verstehen, um unsere Erde zu schützen.

Sauberes Wasser

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Deshalb hat der Schutz unseres Grundwassers und der Oberflächengewässer höchste Priorität. Doch in immer mehr Regionen Bayerns ist die Qualität des Wassers nicht gut. Fast 40% der Grundwasserkörper weisen übermäßige Nitrateinträge auf und nach wie vor sind viele Binnengewässer überdüngt. Wir müssen heute dafür sorgen, dass unser Wasser auch in Zukunft gut ist - frei von Mikroplastik, Medikamenten, Nitrat, Glyphosat und anderen Giftstoffen. Dafür muss vor allem in der Landwirtschaft gehandelt

werden. Wir werden endlich auch in Bayern Gewässerrandstreifen zum Schutz der Bäche und Flüsse vor Nitrateinträgen gesetzlich vorschreiben, wir werden ausreichend große Wasserschutzgebiete ausweisen und Verstöße gegen das Düngerecht strenger ahnden. Wir GRÜNEN stehen für eine flächengebundene Tierhaltung. Wir wollen, dass das Tierfutter grundsätzlich vor Ort angebaut wird.

Bienen schützen – Bayerns Artenvielfalt fördern

Veränderungen in der Landnutzung und die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft rauben den Bienen Nahrung und Lebensraum, Agrargifte schwächen ihre Gesundheit. Das müssen wir ändern. Um den Artenschwund zu stoppen und unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger zu gestalten, wollen wir die Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramme deutlich aufstocken. So schaffen wir neuen Lebensraum und Futtergrundlage für Bienen und viele Vogelarten. Wir fördern die Anlage von Wildhecken, Blühstreifen und Brachen, denn sie sind ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Kleintiere und Vögel. Wir kämpfen weiter auf allen Ebenen für ein generelles Verbot von Neonikotinoiden und Glyphosat. Und wir werden ein Pflanzengift-Minimierungsprogramm für Bayern auf den Weg bringen, damit Bayern wieder summt. Wir fördern eine bienenfreundliche Land- und Forstwirtschaft genauso wie Projekte und Initiativen in den Kommunen fördern.

Gesundes Essen an Bayerns Schulen

Wir GRÜNEN wollen einheitliche Qualitätsstandards für eine ausgewogene Ernährung an Bayerns Schulen einführen. Zukünftig soll stärker auf regionale und ökologische Produkte geachtet werden. Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in schulischen Einrichtungen und essen auch dort. Deshalb wollen wir ein „Landesprogramm für gutes Schulessen“ auf den Weg bringen, damit jedes Kind an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Produkten mit hohem Bio-Anteil erhalten kann. Schule und Bio, das passt zusammen. Deshalb werden wir den Bio-Anteil an allen bayerischen Schulen bis 2020 auf 30 Prozent ausbauen und langfristig zum Standard machen.

Den Tieren eine Stimme geben

Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz. Tierschutz ist ein hohes Gut, das in Bayern Verfassungsrang genießt. Wie die Vergangenheit jedoch gezeigt hat, spielt er in Bayern nur eine untergeordnete Rolle. Um optimalen Tierschutz zu gewährleisten, machen wir uns für einen verbindlichen Tierschutzplan für Bayern stark und werden eine*n unabhängige*n Tierschutzbeauftragte*n in der

Landesregierung einsetzen. Ziel ist es, den Schutz und das Wohlbefinden aller Haus-, Nutz- und Wildtiere transparent und nachvollziehbar sicherzustellen. Die Tierschutzbeauftragte ist Ansprechpartnerin für Bürger*innen, wirkt an der Gesetzgebung mit und fördert den Dialog zwischen Tierhaltern, Tierschützern, Wirtschaft, Politik und Handel zur stetigen Verbesserung der Tierhaltung. So wollen wir die drängenden Themen im Tierschutz gemeinsam anpacken.

Mehr Unterstützung für Tierheime

Tierheime übernehmen in Bayern wichtige, staatliche und kommunale Pflichtaufgaben. Sie nehmen Fundtiere und beschlagnahmte Tiere auf und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Tierschutz. Doch ihre finanzielle Situation ist oft desaströs. Die Zuschüsse der Kommunen und private Spenden reichen nicht, viele Gebäude sind in einem desolaten Zustand. Wir wollen die engagierte Arbeit in den Tierheimen, die meist ehrenamtlich geleistet wird, unterstützen. Wir werden deshalb Tierheimen in schwierigen Finanzsituationen helfen und die Kommunen entlasten durch einen Investitionszuschuss, eine Förderung des laufenden Betriebs und einen Sonderfonds für Notfälle.

Wir stärken den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern

Verlässliche, verständliche und leicht zugängliche Informationen sind die Voraussetzung für wirksamen Verbraucherschutz, für unbedenkliche Lebensmittel und sichere Produkte. Darum nutzen wir konsequent die Handlungsspielräume der Landespolitik zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir werden die Organisationen des Verbraucherschutzes finanziell besser ausstatten und so flächendeckend für passende Informationsangebote sorgen. Zudem stärken wir die Verbraucherverbände, damit sie bei Abmahnungen und gerichtlichen Auseinandersetzungen ihre Aufgaben im Interesse der Verbraucher*innen besser wahrnehmen können.

Schutz vor Glücksspielsucht

Glückspiel ist in hohem Maß suchtgefährdend und verursacht großes Leid in unzähligen Familien. Deshalb ist die strenge Regulierung des Glücksspiels eine wichtige Säule des Verbraucherschutzes, die dringend an neue Spielformen und Technologien angepasst werden muss. Für die oft im rechtlichen Graubereich befindlichen Online-Wettbüros und andere Online-Glücksspiele wollen wir einen verbindlichen Ordnungsrahmen setzen und staatliche Lizenzierungen schaffen, um damit den weitgehend ungeregelten und besonders suchtgefährdenden Schwarzmarkt auszutrocknen. Einrichtungen der Suchthilfe werden wir mit den staatlichen Einnahmen aus der Lizenzierung und der Besteuerung des Glücksspiels deutlich

besser finanziell und personell ausstatten.

Ein Land - Eine Fahrkarte

Wir wollen einen einheitlichen Tarif, mit dem sich alle Menschen in ganz Bayern nach dem Prinzip „eine Fahrt, eine Fahrkarte“ im ganzen Land bewegen können. Aus kompliziert wird einfach: Wir GRÜNEN wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und alle öffentlichen Verkehrsangebote verbinden und mit einer einzigen App oder Karte nutzbar machen. Den klassischen ÖPNV vernetzen wir mit neuen Mobilitätsdienstleistungen wie Car-, Bike- und Ridesharing. Mit dem Bus zum Bahnhof, mit der Bahn in die nächste Stadt, dann mit dem Leihrad zum Termin? Bequem von Haustür zu Haustür – geplant und bezahlt mit einer App und einem Tarif. Die Fahrkarte auf Papier wollen wir parallel weiter beibehalten. Dazu gehört für uns auch eine attraktive landesweite Netzkarte (Bayern-Pass) für alle öffentlichen Verkehrsmittel nach Schweizer Vorbild.

Garantiert Mobil – neue Wege gehen

Auch auf dem Land wollen wir eine Alternative zum Auto bieten. Wir machen aber auch für all diejenigen Mobilitätspolitik, die keinen Führerschein haben, sich kein Auto leisten können oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Autofahren dürfen. Wir wollen flächendeckende Grundversorgung im Sinne einer Mobilitätsgarantie für alle sicherstellen. Alle Orte im Land sollen an allen Wochentagen von 5 Uhr bis Mitternacht mindestens stündlich angebunden sein. Dafür werden wir neue Wege gehen und individuelle Lösungen suchen, mit bedarfsorientierten alternativen Mobilitätskonzepten. Digitale Systeme für computergestützte Tourenplanung eröffnen Möglichkeiten für neue Angebotsformen.

Mehr Platz fürs Radl

Dem Radl gehört die Zukunft: Gesund, schnell, billig, flächensparend und umweltfreundlich. Immer mehr Pendlerinnen und Pendler setzen auch im Alltag aufs Radl, beflügelt von eBikes und Pedelecs. Wir wollen das Fahrrad zur dritten gleichberechtigten Alternative neben Auto und Öffis machen: Schließlich sind die überwältigende Mehrzahl aller Autofahrten Kurzstrecken. Städte wie Kopenhagen machen es vor! Dazu braucht es eigene Radwege an allen Hauptstraßen, ein dichtes Netz an Radschnellwegen in Baulast des Freistaates Bayern, Haupt- und Nebenrouten, sichere Radlständer, eine fahrradfreundliche Verkehrsplanung, konsequente Radverkehrsförderung. Wir werden die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienennahverkehr durchsetzen und an den großen Bahnhöfen Radstationen errichten. Dazu wollen wir ein Radverkehrsgesetz in Bayern.

KOA DRITTE! Keine 3. Startbahn im Erdinger Moos

Es gibt keinen Bedarf für eine weitere Start-und Landebahn. Der Flughafen hat eine Kapazität von 480.000 Flugbewegungen pro Jahr, die bei weitem nicht genutzt wird. Außerdem: Über 300 Millionen Euro hat der Flughafen in den letzten Jahren dafür ausgegeben, künstlich Flugbewegungen nach München zu holen. Dabei brauchen wir hier kein internationales Drehkreuz. Zwei Bahnen reichen für die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in Südbayern.

Eine Ausweitung des Flugverkehrs ist Gift für unser Klima. Der Luftverkehr braucht keinen weiteren Infrastrukturausbau. Die Grenzen der Belastbarkeit der Flughafenregion sind erreicht. Wir werden dafür sorgen, dass die 3. Startbahn nicht gebaut wird.

P2

Projekt

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am: 17.03.2018)

Titel: **Projekte zu Kapitel 2**

Beschreibung

Digitalkunde für Alle

Wir lernen nicht für die Schule, sondern für das Leben. Und wenn sich das Leben ändert, kann die Schule nicht bleiben, wie sie ist. Die digitale Welt muss deshalb endlich an den Schulen Einzug halten. Nicht nur mit Tablets und Glasfaser, sondern mit neuen Unterrichtsformen und neuen Inhalten. Wie ich Fakten von Fake News unterscheide, wie ich mich gegen Cyber-Mobbing wehre, wie ich mich sicher im Netz bewege, welche Möglichkeiten und welche Gefahren dort auf mich warten – all das muss Thema im Schulunterricht werden. Sich im Netz zu bewegen, ist wie Lesen, Schreiben, Rechnen. Deshalb wollen wir Medienkompetenz ab der ersten Klasse vermitteln und ein Fach Digitalkunde in allen Schularten einführen. Damit alle digital kompetent werden!

Mit der Zweiten lernt man besser – Für eine zweite pädagogische Fachkraft

Inklusion, Integration, unterschiedliche Deutschkenntnisse der Schüler*innen, Abkehr vom Frontalunterricht, der Wunsch nach individueller Förderung – die Anforderungen an die Lehrkräfte steigen. Die personelle Ausstattung der Schulen hält meistens nicht Schritt. Wir wollen schrittweise eine zweite pädagogische Fachkraft in den Klassen etablieren. Das kann, muss aber keine Lehrer*in sein, sondern bei Bedarf auch eine Heil- oder Sozialpädagog*in oder eine Psycholog*in.

Beginnen wollen wir dabei in den Grund- und Mittelschulen. So können Wissen und Kompetenzen besser und individueller vermittelt werden

Gutes Lernen in guter Atmosphäre

Wo der Putz bröckelt, der Wind durchzieht und die Toilette stinkt, lässt es sich nicht gut lernen. Viele Schulen sehen heute genauso aus wie vor 40 oder 50 Jahren – nur sind sie oft in einem deutlich schlechteren Zustand. Kinder, Eltern und Lehrer*innen sollen sich an den Schulen wohlfühlen und gesund bleiben. Im Zusammenwirken von Architektur und Unterrichtskonzepten gelingt die Entwicklung der Schule von heute für die Generation von morgen.

Wir GRÜNEN wollen Schulgebäude, die zu den Herausforderungen von heute passen – zu Inklusion, Ganztag und Digitalisierung. Deshalb legen wir ein kommunales Sonderprogramm „Schulen im 21. Jahrhundert“ im Landeshaushalt auf. Wir wollen damit mehr Raum in Bayerns Schulen, eine motivierende Lernumgebung schaffen und für die barrierefreie Sanierung der Schulgebäude sorgen. Und wir schaffen ein qualifiziertes Beratungsangebot für die Schulträger*innen, damit Pädagogik und Architektur aufeinander abgestimmt werden. So machen wir unsere Schulen fit für die Zukunft.

Karrierechancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs!

Wissenschaftler*innen kämpfen mit prekären Beschäftigungsbedingungen. An bayerischen Hochschulen sind rund 70 Prozent des wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt – bei den Universitäten ist der Anteil sogar noch höher; große Teile der Lehre werden mittlerweile durch Lehrbeauftragte ohne festen Arbeitsvertrag abgedeckt.

Wir fordern: Dauerstellen für Daueraufgaben! Wir brauchen eine Entfristungsoffensive im akademischen Mittelbau. Wir werden unbefristete Stellen in Forschung und Lehre auch außerhalb der Professuren schaffen und jungen Wissenschaftler*innen einen strukturierten Weg hin zur Professur ermöglichen. Gleichzeitig werden wir die Mitbestimmung von Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen innerhalb der Hochschulen stärken.

Mehr Transparenz in der Forschung schaffen

Wir fordern für drittmittel- und haushaltsfinanzierte Projekte an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen mehr Transparenz zur Folgenabschätzung. Wir werden das Hochschulgesetz um umfassende Offenlegungspflichten ergänzen. Dies beinhaltet öffentliche Register zu laufenden und geplanten Projekten mit

Informationen zu Geldgeber, Projekttitel, Zielsetzung, Projektzeitraum, Finanzvolumen und Geheimhaltungsverpflichtungen, so dass der Verwendungszweck der Forschungsergebnisse klar hervorgeht. Projekte mit militärischer Relevanz müssen gesondert ausgewiesen werden. Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse sollen für jede*n kostenfrei verfügbar sein (Open Access).

Infrastrukturen des Wissens schaffen

Der dramatisch schlechte bauliche Zustand an vielen bayerischen Hochschulen führt zu schlechten Bedingungen in Studium und Forschung und verursacht einen hohen Energieverbrauch. Wir werden die Mittel für die Grundfinanzierung und den Bauunterhalt der Hochschulen dauerhaft anheben. Wir erstellen einen Finanzplan für den Abbau des bestehenden Sanierungsstaus in Höhe von drei Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre. Ein Gesamtkonzept für jeden Standort mit Konzentration der Einrichtungen, Modernisierung der Bestandsgebäude und ggf. einzelnen energieeffizienten Neubauten ist unser Ziel. Zu einer guten Infrastruktur gehören bezahlbarer Wohnraum, soziale und kulturelle Angebote. Dafür stärken wir die Finanzierung der Studierendenwerke.

Alleinerziehende – wir lassen euch nicht allein!

Bei der staatlichen Kinderbetreuung müssen auch Rand- und Ferienzeiten besser abgedeckt werden, denn Vollzeitjobs und längere Pendelwege sind für Alleinerziehende oft nicht mit der angebotenen Betreuungszeit der Kitas vereinbar. Deshalb legen wir u.a. ein Förderprogramm in Höhe von 28 Mio. Euro für längere Öffnungszeiten der Kitas auf: Bis 2020 soll die Hälfte aller staatlich geförderten Kitas in Bayern bis 20.00 Uhr geöffnet haben. Gute Kinderbetreuung steht und fällt mit guten Erzieher*innen. Deshalb werden wir eine Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen in Bayern mit einer qualitativ guten Ausbildung und einer besseren Bezahlung starten. Mit einem Förderprogramm in Höhe von 400 Mio. Euro wollen wir mehr Betreuungsplätze schaffen und die Personalausstattung in den Kitas deutlich verbessern.

Förderprogramm für Hebammen – damit Schwangere und Kinder in guten Händen sind

Die Geburtenzahlen in Bayern steigen, die Kapazitäten der Geburtshilfestationen und der Hebammen nicht, weder im großstädtischen Raum noch auf dem Land. Im Gegenteil, mehr als 30 kleinere Geburtshilfestationen mussten in den letzten zehn Jahren schließen,

Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Hebammen und in der Geburtshilfe verbessern durch die Einrichtung hebammengeleiteter Kreißsäle, durch Stipendien

und Wohnheimplätze für Hebammenschülerinnen und Entbindungspflegerschüler*innen. Wenn eine Hebamme sich selbständig machen möchte mit einer Praxis oder einem Geburtshaus, werden wir das finanziell unterstützen, insbesondere muss die Berufshaftpflicht für Hebammen wieder bezahlbar werden. Geburtshilfeabteilungen wollen wir durch einen Sicherstellungszuschlag und die Aufnahme entsprechender Kriterien in den Krankenhausplan erhalten. Dafür stellen wir 5 Mio. Euro in den Haushalt ein.

Ob jung oder alt – so lange wie möglich selbstbestimmt zu Hause leben

Angesichts der demographischen Entwicklung und den sich wandelnden Bedürfnisse der Menschen ist die Konzentration der Pflege auf stationäre Einrichtungen kein Modell der Zukunft. Junge Pflegebedürftige werden durch fehlende Angebote benachteiligt. Die starre Trennung zwischen häuslicher, ambulanter und stationärer Pflege muss endlich überwunden werden.

Alle Menschen sollten so lange wie möglich selbstbestimmt zu Hause leben können. Wir brauchen mehr alternative Wohn- und Versorgungskonzepte wie Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser und in Pflegeeinrichtungen. Wir schaffen fließende Übergänge zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und ermöglichen Einsatz und Schulung von pflegenden Angehörigen. Wir fördern diese innovativen Konzepte in der Pflege durch ein Investitionskostenförderprogramm von 15 Mio. Euro pro Jahr.

Flächendeckende Krisendienste für Menschen mit psychischen Erkrankungen

Seelische Erkrankungen gehören zu den häufigsten Krankheiten unserer Zeit: ein Drittel der Bevölkerung durchlebt im Laufe des Lebens mindestens einmal eine seelische Krise aufgrund von Depressionen, Angststörungen, Suchterkrankungen, Psychosen oder Demenz.

Wir wollen, dass den Betroffenen und deren Angehörigen und Freunden rasch, wohnortnah und unbürokratisch geholfen wird, damit aus einer Krise keine Krankheit wird. Dazu bedarf es Beratung, Fachkenntnisse und therapeutische Angebote. Deswegen bauen wir einen Krisendienst für psychische Notlagen aus, an den sich Menschen wenden können, wenn sie selbst, ihre Familienmitglieder oder Menschen aus ihrem Umfeld in eine Krisensituation rutschen. Wir wollen helfen, Krisen zu bewältigen mit Beratung, Fachkenntnissen und therapeutischen Angeboten.

Leichte Sprache

Wir wollen Politik verständlich machen für jede und jeden! Wir sorgen bei öffentlichen Informationen und Bekanntmachungen, bei Abstimmungsunterlagen für Wahlen und Volksentscheide für Übersetzungen in die Leichte Sprache. Wir legen ein Landesprogramm zur Förderung und Beratung von Kommunen und Verbänden auf, damit auch sie – vor allem bei Anträgen und Formularen - Übersetzungen in Leichter Sprache anbieten.

Die Leichte Sprache wurde entwickelt für Menschen mit Lernschwierigkeiten, auch Analphabet*innen und Menschen, die nicht gut Deutsch lesen können, profitieren davon. Allein in Bayern leben etwa funktionale 700.000 Analphabet*innen.

Barrierefreies Bayern schnell voranbringen

Das barrierefreie Bayern ist unser Ziel! Wir sorgen für ein Programm zur Sanierung und zum Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr. Wir wollen möglichst schnell alle Bahnhöfe Bayerns barrierefrei sanieren. Und wir werden die Kommunen stärken, damit sie ihre lokalen Verkehrssysteme barrierefrei ausbauen können.

Mit einer Novellierung des bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BayBGG) werden wir bestehende Regelungen zur Barrierefreiheit auf ihre Wirksamkeit überprüfen und Bestandsregelungen ergänzen. Und wir wollen Anstöße dafür geben, dass Produkte und Dienstleistungen von privaten Anbietern barrierefrei werden. Damit wird Bayern eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern einnehmen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle - Vorfahrt für sozialen Wohnungsbau

Bayern braucht jährlich 70.000 neue Wohnungen. Besonderer Handlungsbedarf besteht beim sozialen Wohnungsbau. Knapper Wohnraum darf nicht dazu führen, dass Menschen mit geringem Einkommen auf der Strecke bleiben. Alle Menschen sollen dort leben können, wo Jobs, Kitas und Freund*innen sind – auch die mit kleinem Geldbeutel. Wir werden konsequent die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum verfolgen.

Wir werden den Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen deutlich erhöhen, und das in allen Landesteilen. Unsere Zielmarke heißt: 50.000 neue Wohnungen mit Sozialbindung in den nächsten fünf Jahren. Dafür werden wir in der kommenden Landtagsperiode insgesamt 5 Mrd. Euro an Investition- und Fördervolumen bereitstellen.

Grundstücksspekulation beenden – Verlorenen Boden wettmachen

In vielen Städten und Gemeinden ist Bauland für bezahlbaren Wohnraum umkämpft. Vielerorts wird zwar mit Hochdruck Bauland ausgewiesen, aber vom geschaffenen Baurecht dann nicht Gebrauch gemacht. Obendrein liegen jede Menge ungenutzte bebaubare Flächen brach. Oft nur deswegen, weil sich ihre Eigentümer durch einen späteren Verkauf höhere Gewinne versprechen.

Wir wollen Spekulationen mit Grund und Boden einen Riegel vorschieben. Mit einer neuen Komponente im Grundsteuergesetz soll ein zusätzlicher Hebesatz zur höheren Besteuerung brachliegender innerörtlicher Grundstücke eingeführt werden. So können gezielt Liegenschaften mobilisiert und gleichzeitig der Flächenverbrauch reduziert werden.

Energiewende als Motor für das Handwerk

Die Energiewende ist Klimaschutz. Und sie bietet die Chance, unsere Energieversorgung so zu gestalten, dass unsere Wirtschaft davon stark profitiert. Denn, wenn wir unsere Gebäude fit fürs Klima machen, sparen wir nicht nur große Mengen CO_2 ein, sondern stärken mit den Investitionen das heimische Handwerk und viele Arbeitsplätze.

Neben einer steuerlichen Förderung wollen wir jährlich über 200 Mio. Euro für die Sanierung von Schulen, Krankenhäusern und Behörden bereitstellen. Mindestens 100 Mio. Euro investieren wir in den Ausbau von klimafreundlichen Wärmenetzen. Den Bau, die Instandhaltung und den Betrieb solcher Dorf- oder Quartiersheizungen übernimmt das örtliche Handwerk. Das Geld, das wir bisher für Gas und Öl in teils undemokratische Staaten überweisen, bleibt so in der Region.

Wir fördern die Ideen der Zukunft!

Die bayerische Wirtschaft braucht innovative Gründer*innen und nachhaltige Ideen, die die Digitalisierung und innovative Produkte, Verfahren, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle vorantreiben. Wir fördern Startups sowie kleine und mittlere Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften und legen zudem einen Schwerpunkt auf Geschlechtergerechtigkeit. Wir vereinfachen, verkürzen und digitalisieren hierfür den Gründungsprozess. Wir unterstützen die Gründungskultur aktiv und verbessern die Bedingungen für forschungsnahe Gründungen im Umfeld von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wir gestalten Fördermöglichkeiten übersichtlicher und machen Gründungskapital, Beratung und Infrastruktur aus einer Hand zugänglich. Wir schaffen Möglichkeiten für Anschlussfinanzierung an Crowdfunding und öffnen öffentliche Ausschreibungen für Gründer*innen.

Für ein Bayerisches Vergabegesetz

Der Freistaat Bayern und die Kommunen in Bayern haben riesige Auftragsvolumina. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung für die gesamte Wirtschaft, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Transparenz und echter Wettbewerb gegeben ist und dass Umwelt- und Sozialstandards, wie die Vorgaben zur Tariftreue, eingehalten werden.

Ein deutschlandweit einheitliches Vergaberecht fehlt. Deshalb beenden wir mit einem Bayerischen Vergabegesetz den Wirrwarr zahlloser kleinteiliger und undurchsichtiger Bestimmungen in Bayern. Wir schaffen damit einen klaren gesetzlichen Rahmen, mit dem wir fairen Wettbewerb gewährleisten, Korruption bekämpfen, Tariftreue sichern und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Bayern durchsetzen.

Schnelles Internet in jedes Haus!

In vielen ländlichen Regionen sind keine schnellen Internetverbindungen verfügbar. Andere Länder sind längst im Gigabit-Zeitalter angekommen, in Bayern wurden falsche politische Entscheidungen getroffen und auf eine veraltete Technologie gesetzt. Die letzten Meter des Datennetzes von den Verteilerkästen an den Straßenrändern in die Häuser hinein bestehen meistens noch aus alten Telefon-Kupferkabeln. Das wirkt wie ein Nadelöhr und drosselt die Geschwindigkeit. Während man in den Städten in der Regel schnell unterwegs ist, gibt es auf dem Land ein Internet mit Tempolimit. Wir GRÜNEN sehen das als Frage der Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und der Lebensqualität auf dem Land. Schnelles Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge, deshalb fördern wir massiv den Ausbau von Glasfaser. Für alle.

Wir machen die Erbschaftsteuer wieder gerecht

Die Staatsregierung hat den gemeinsamen Vollzug der Erbschaftsteuer mit den anderen Bundesländern eingestellt. Sie gefährdet damit den einheitlichen Steuervollzug in Deutschland, mit all seinen negativen Folgen für Bayern und die anderen Bundesländer.

Wir wollen den Sonderweg Bayerns umgehend beenden und Steuergerechtigkeit wiederherstellen. Ein Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern nützt niemandem: Den Ländern nicht, denn ihre Einnahmen aus der Erbschaftsteuer würden sinken. Und den Steuerzahler*innen insgesamt auch nicht, denn fehlende Erbschaftsteuern müssen durch sie ausgeglichen werden.

Digitale Revolution in den Ämtern

Wir wollen Behördengänge erleichtern, Wartezeiten verkürzen und Bearbeitungsgebühren senken. Deshalb modernisieren wir die Verwaltung und bieten umfangreiche E-Government-Angebote. Dabei soll garantiert sein, dass alle angebotenen Dienstleistungen online komplett abgeschlossen werden können (once only). Das ist transparent und das ist einfach. Neben dem digitalen Angebot wird selbstverständlich die Möglichkeit erhalten bleiben, Dokumente in der Behörde zu beantragen, damit beispielsweise auch ältere Menschen ihr gewohntes Angebot weiter nutzen können. Wir erleichtern die Zugänglichkeit von Informationen, Beschlüssen und Entscheidungsprozessen.

Schwimmen lernen möglich machen

Schwimmen können ist eine Kompetenz, die alle Menschen in Bayern zu ihrer eigenen Sicherheit haben sollten. Deshalb ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe allen Kindern das Schwimmen lernen zu ermöglichen. Voraussetzung hierfür ist, dass alle Schulen in erreichbarer Entfernung Schwimmunterricht geben können. Die Bürger*innen sollen überall im Freistaat die Möglichkeit haben schwimmen zu lernen. Wir setzen uns für den flächendeckenden Erhalt öffentlicher Bäder ein und werden Kommunen bei der Sanierung der Schwimminfrastruktur, insbesondere auch in energetischer Hinsicht, unterstützen und die Förderbedingungen praxistauglich ausgestalten.

Straßenbauförderung neu denken

Bisher erhalten Kommunen pauschale Fördermittel des Freistaats für den Straßenbau und -unterhalt. Darüber hinaus können Neu- und Ausbauprojekte gefördert werden. Ein Zuschuss für eine Sanierung setzt aber eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Straße voraus. Zuschüsse gibt es z.B. nur dann, wenn die Straße gleichzeitig auf eine bestimmte Breite ausgebaut wird.

Wir wollen, dass Straßen in gutem Zustand erhalten bleiben - ohne die Koppelung von Zuschüssen an zwangsweise Straßenverbreiterungen. Damit verhindern wir unsinnigen Flächenverbrauch ebenso wie unsinnige Geldausgaben. Wir werden die Richtlinien entsprechend ändern, um die Förderung für die Sanierung der Straßen in ihrer bestehenden Form zu ermöglichen und die Verbesserungen für Rad- und Fußverkehre zu unterstützen.

Lebendige Dörfer, attraktives Land

Zu Fuß zum Einkaufen und in die Schule, Treffen mit Freund*innen auf dem

Dorfplatz, Ärzt*innen schnell erreichbar und Erholung gleich um die Ecke. Wohnen im Einfamilienhaus, in der ersten eigenen Bude oder in der Senioren-WG. Wir schaffen Vielfalt und Lebendigkeit auf dem Land.

Unternehmerische Menschen mit innovativen Ideen, Bürgermeister*innen mit Mut und Begeisterung sind Motoren dafür. Wir bringen Ideen mit Umsetzungsmöglichkeiten zusammen und unterstützen entsprechende Vorhaben. Wir vermitteln Wissen und gelungene Beispiele, lichten den Förderdschungel. Die Schulen für Dorf- und Landentwicklung sind solche Netzwerke und Schulungsorte. Wir sichern Bestand, Finanzierung und erhöhen ihren Bekanntheitsgrad. Wir ermöglichen Beteiligung und schaffen Ressourcen, damit Dorfgemeinschaften eigenständig Projekte in die Hand nehmen können. Für lebendige, attraktive Dörfer, in denen wir gerne leben.

P3

Projekt

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am: 17.03.2018)

Titel: **Projekte zu Kapitel 3**

Beschreibung

Demokratie stärken, politische Bildung fördern

Demokratie erhält sich nicht von selbst. Wir müssen sie täglich verteidigen, erhalten und stetig erneuern. Das fängt an den Schulen an. Wir wollen, dass die Kinder dort lernen, wie Demokratie funktioniert, verstehen, was sie ausmacht und erfahren, wie sie sich anfühlt. Bayern ist leider Schlusslicht bei der demokratischen Bildung. Wir weiten den Sozialkundeunterricht in allen Schularten aus. Und wir sorgen nicht nur für die Theorie, sondern auch für das Erleben von Demokratie in der schulischen Praxis: In allen Belangen der Schule sollen die Schüler*innen künftig die Gelegenheit haben, sich zu informieren, mitzureden und mitzuentscheiden. Darüber hinaus stärken wir die außerschulische Demokratiebildung.

Zivilgesellschaft bei der Arbeit für Demokratie unterstützen

Ohne die Zivilgesellschaft, die den Nazis die rote Karte zeigt und Demokratie und Vielfalt lebt, würde in Bayern nichts gehen. Wir schaffen deswegen ein Landesprogramm, mit dem wir Unterstützungsmöglichkeiten für bürgerschaftliche Bündnisse und unabhängige Beratungsstellen bereitstellen. Das Förder- und Aktionsprogramm unterstützt freie Träger und Initiativen in ihren Bildungs- und Präventionsmaßnahmen. Dafür stellen wir 1,3 Millionen in den Haushalt.

Polizei personell und ressourcenmäßig gut ausstatten

Immer mehr Aufgaben, unzählige Überstunden und eine Pensionswelle - das sind die Herausforderungen, vor der unsere Polizei steht. Wir wollen die Polizei von weniger dringenden Aufgaben und durch mehr Tarifbeschäftigte entlasten, damit sie mehr Zeit für die drängenden Aufgaben hat. Wir gleichen die Pensionsabgänge aus und stellen die nächsten fünf Jahre zusätzlich 500 neue Polizist*innen ein und verteilen das zusätzliche Personal je nach Bedarf bayernweit. Auch muss der digitale Streifenwagen zur Arbeitserleichterung endlich Realität in Bayern werden.

Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei eindämmen

Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen, die anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden. Gewalt gegen Sanitäter*innen, Feuerwehrleute und Polizist*innen durch überwiegend männlich alkoholisierte Täter vor allem in größeren Städten, an Wochenenden und zu Nachtzeiten, nimmt zu. Wir wollen die Alkohol- und Gewaltprävention ausbauen, ein Landeslagebild zur Aufschlüsslung der Taten und eine Dunkelfeldstudie erstellen, sowie die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung der Helfer*innen ausweiten. Außerdem braucht es mehr Opferschutz in Form von Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

Bürger*innennahe und transparente Polizei

Uniformierte Polizeibeamt*innen sollen in Zukunft eine individuelle Nummer oder – falls gewünscht – ihren Namen sichtbar tragen. Damit verstärken wir das Vertrauen in unsere Polizei und schützen wir Polizist*innen vor falschen Anschuldigungen. Die Nummern sollen nach einer festgelegten Zeit abgeändert werden, so dass keine Datensammlungen zu einzelnen Polizeibeamt*innen erfolgen können. Andere Bundesländer haben damit gute Erfahrungen gemacht und wir kommen einem Urteil des Europäischen Menschengerichtshofs nach. Wir richten auch eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle ein. Diese stärkt das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürger*innen und Polizei, unterstützt die Bürger*innen im Dialog mit der Polizei und ist Ansprechperson sowohl für die Bürger*innen als auch für die Polizist*innen. So geht Transparenz und Bürger*innennähe!

Unabhängigkeit der Justiz

Anders als auf Bundesebene und in den anderen Ländern werden in Bayern die Richterinnen und Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes mit einfacher Mehrheit im Landtag gewählt. Wir werden auch für diese Wahlen einführen, dass

eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist. Somit wäre eine Verständigung der Landtagsmehrheit mit der Opposition erforderlich. Dies wird dem Gericht noch mehr Ansehen verschaffen und verhindern, dass es sich dem Verdacht ausgesetzt sieht, nach CSU-Parteipolitik ausgewählt worden zu sein.

Angemessene Ausstattung für eine gerechte Justiz

Die Justiz schützt unsere Bürger*innenrechte und bewahrt unsere Demokratie. Damit sie ihren wichtigen Aufgaben nachkommen kann, braucht sie ausreichend Personal und eine gute Ausstattung. Mit uns gibt es mehr Richter*innen, mehr Justizmitarbeiter*innen und mehr Beschäftigte im Justizvollzug. Dadurch wird die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in der Justiz auf ein vernünftiges Maß reduziert, vor allem aber hilft das den Menschen, die sich an die Justiz wenden. Dadurch werden die Prozesse schneller und besser bearbeitet. Die Justiz sichert die Rechte der Menschen – wir sichern die Arbeitsfähigkeit der Justiz!

Wahlalter 16

Entscheidungen sollen auch von denen getroffen werden, die sie in Zukunft mitzutragen haben. Deswegen wollen wir das Wahlalter 16 bei allen Wahlen und Volks- und Bürgerentscheiden. Jugendliche haben ein Recht, stärker als bisher an demokratischen Prozessen teilzuhaben! In vielen Bundesländern gibt es das aktive Wahlalter schon lange – wir brauchen es jetzt auch endlich in Bayern.

Damit Jugendliche ihr Wahlrecht informiert ausüben können, wollen wir sie umfassend vorbereiten. Politische Bildung muss deshalb in den Lehrplänen der Schulen bereits wesentlich früher angesiedelt werden. Durch gezielte Informationsprogramme sollen die Schülerinnen und Schüler auf die Wahrnehmung ihres Wahlrechts vorbereitet werden.

Parité in der Politik herstellen

Demokratie geht nur geschlechtergerecht - denn Grundprämisse unserer Demokratie ist, dass alle relevanten Teile der Bevölkerung angemessen repräsentiert werden. Nur so kann garantiert werden, auch wirklich die Interessen aller zu berücksichtigen. Der Frauenanteil stagniert in den Parlamenten auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts bei rund einem Drittel. Deswegen braucht es eine verbindliche gesetzliche Regelung zur paritätischen Besetzung von Kandidierendenlisten und Wahlkreisen durch alle politischen Parteien für die Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen: das Paritégesetz.

Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder ausbauen

Mindestens 55.000 Frauen in Bayern werden jährlich Opfer von sexualisierter Gewalt. Über 140.000 Frauen erleben häusliche Gewalt. Wer Hilfe sucht, steht oft vor verschlossener Tür: Die Ausstattung und Finanzierung der Frauenhäuser und Notrufe im Freistaat ist beschämend schlecht. Wir GRÜNEN setzen uns für den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen ein. Der besondere Bedarf von Frauen und Mädchen mit Behinderung muss dabei berücksichtigt werden. Wir sorgen für ausreichend betreute Übergangswohnungen für gewaltbetroffene Frauen sowie ein konkretes Schutzkonzept für weibliche Geflüchtete und ihre Kinder in den Unterkünften. Zusätzlich werden wir ein umfassendes Präventionsprogramm gegen Belästigung und sexualisierte Gewalt auflegen sowie eine unabhängige Ombudsstelle einrichten, an die sich Betroffene wenden können.

Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt

Wir werden einen landesweiten Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt auflegen, der auf der einen Seite auf Aufklärung und Bildung und auf der anderen Seite auf Schutz vor Hass und Diskriminierung setzt. Neben Initiativen aus der LSBTIQ*-Community werden wir dafür gesellschaftliche Gruppen und Verbände sowie Ministerien an einen Runden Tisch holen. Wir wollen eine landesweite Antidiskriminierungsstelle einrichten sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote für LSBTIQ* auf- und ausbauen - insbesondere im ländlichen Raum und für LSBTIQ*, die aufgrund einer Behinderung, einer Flucht oder von Rassismus mehrfache Diskriminierung erfahren. Wir wollen die Sensibilisierung an Schulen und in der Ausbildung von Lehrer*innen sowie von Fachkräften bei Polizei, Verwaltung und im Gesundheitswesen deutlich erhöhen.

Coming out auf dem Land

Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts belegt, dass 44% der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität bereits persönlich im Bildungs- oder Arbeitskontext diskriminiert wurden. Insbesondere Jugendliche im ländlichen Raum haben keine qualifizierten Anlaufstellen, an die sie sich in dieser zutiefst verunsichernden Zeit des Coming Outs wenden können.

Wir wollen flächendeckend niederschwellige Beratungsangebote im ländlichen Raum schaffen, die die LSBTIQ*-Jugendlichen in ihrer Entwicklung ernstnehmen, sie in ihrer Identitätssuche stärken und ihnen konkrete Unterstützung anbieten.

Regionale Kulturförderung

Bayern ist seit über zweihundert Jahren ein hierarchisch strukturierter Zentralstaat. Was lange Zeit ein Vorteil war, ist heute oft hinderlich. Statt von München aus zentral und willkürlich zu entscheiden, welche regionalen Einrichtungen und Projekte Mittel erhalten, suchen wir neue Wege zu mehr Mitbestimmung vor Ort. Die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen in die Hände von lokalen Gremien und Kreativen wird die Vernetzung von Kulturschaffenden und kommunalen Verantwortlichen fördern, Planbarkeit schaffen, neue Impulse setzen sowie die Identifikation mit den Regionen stärken. In einem ersten Schritt werden wir in einem Modellversuch das erfolgreiche sächsische Kulturraumgesetz an die Besonderheiten Bayerns anpassen, die gemeinsame Selbstverwaltung der Einrichtungen unterschiedlichster Träger in einer ausgewählten Region erproben und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen.

Förderung von Vielfalt und Diversität in der Kulturarbeit

Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Opern- oder Konzerthäuser spiegeln meist die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht wider – weder auf noch hinter der Bühne. Um das zu ändern, brauchen wir einen Perspektivwechsel: Statt sich im Wesentlichen darauf zu beschränken, neues Publikum an den bestehenden Kulturbetrieb heranzuführen, müssen auch die kulturellen Institutionen sich stärker mit unserer demokratisch und vielfältig gewandelten Gesellschaft auseinandersetzen. Jede Institution muss ihre eigene Vielfalt und Diversität analysieren, muss Zielvorgaben und Maßnahmenpläne erarbeiten, im Hinblick z.B. auf die Anteile von Frauen und Männern, von Menschen mit Migrationshintergrund, von Bildungs- und sozialen Schichten sowie Altersgruppen. Wir werden dazu mit allen staatlichen und staatlich geförderten Einrichtungen Zielvereinbarungen abschließen.

Gebt das Hanf frei

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 muss endlich auch in Bayern umgesetzt werden: der Besitz geringfügiger Mengen zum Eigengebrauch darf nicht mehr zu Strafverfolgungsmaßnahmen und teuren und aufwändigen Polizeieinsätzen führen. Wir entkriminalisieren damit die Cannabiskonsument*innen und entlasten die Polizei! Darüber hinaus brauchen wir auf Bundesebene endlich ein Cannabiskontrollgesetz, bei dem der Verkauf nur in lizensierten Fachgeschäften an Volljährige ermöglicht wird. Auch Anbau und Vertrieb und kommerzieller Anbau muss dort geregelt werden. Den Jugendschutz werden wir durch klare Altersgrenzen und den Verbraucherschutz für Volljährige durch klare Gesetze sicherstellen. So geht vernünftige Drogenpolitik im Jahre 2018!

P4

Projekt

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am: 17.03.2018)

Titel: **Projekte zu Kapitel 4**

Beschreibung

Schulen öffnen für die Einwanderungsgesellschaft

Bayern ist ein Einwanderungsland und das heißt: egal aus welchen Gründen Menschen zu uns kommen, ihre Kinder haben ein Recht auf Bildung. Schlüssel zu Bildung und zu Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache.

Deshalb wollen wir die Schüler*innen durch zusätzliche und fest angestellte Lehrkräfte mit der Kompetenz „Deutsch als Zweitsprache/Fremdsprache“ (DaZ) unterstützen. Darüber hinaus werden wir im Lehramtsstudium sowie in den Fortbildungen für alle Lehrkräfte die Kompetenz für „sprachsensiblen Unterricht“ fächerübergreifend im bayerischen Bildungssystem verankern.

Aber auch der wertschätzende Umgang mit den Herkunftssprachen der Familien muss zum wichtigen Bestandteil schulischen Lehrens und Lernens werden. Lehramtsstudierende müssen im Umgang mit interkulturellen Themen geschult werden und Lehrkräfte dahingehend fortgebildet werden. Denn die gesellschaftliche Vielfalt, Heterogenität und Mehrsprachigkeit spiegeln sich auch in unseren Klassenzimmern wider.

Ausbilden statt Abschieben

Der Zugang zu Ausbildung und Arbeit ist ein wesentliches Schlüsselelement für die Integration Geflüchteter. Zugleich warten hunderte bayerischer Betriebe sehnlich auf Arbeitsgenehmigungen für Flüchtlinge, mit denen sie bereits gültige Verträge geschlossen haben. Doch in Bayern wird den Geflüchteten häufig die Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis willkürlich verweigert. Die im Bundesintegrationsgesetz geschaffene sogenannte 3plus2-Regelung, die den Abschluss einer Berufsausbildung und die anschließende Arbeitsaufnahme ermöglichen soll, wird damit faktisch ausgehebelt. Wir GRÜNEN werden dafür sorgen, dass diese Weisung zurückgenommen wird und künftig alle Asylsuchenden und Geduldeten, die in Bayern eine schulische oder berufliche Ausbildung beginnen, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und Arbeitsverbote abgeschafft werden.

Mehr Unterstützung für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen

In Bayern ist eine echte Bürger*innenbewegung der Solidarität und Menschlichkeit für die Unterstützung von Geflüchteten entstanden. Bis heute erleben wir eine enorme Hilfsbereitschaft. Dieses starke Engagement so vieler Menschen bei der Begleitung von Geflüchteten leistet einen entscheidenden Beitrag zur Integration. Doch für uns GRÜNEN ist auch klar: Die vielen zehntausend ehrenamtlichen Helfer*innen werden seitens staatlicher Stellen oft alleine gelassen.

Wir werden das ändern. Mit entsprechenden Förderprogrammen, Supervisions-Angeboten und dem Ausbau staatliche Strukturen zur Integration wollen wir die Ehrenamtlichen entlasten. Wir werden die Selbstorganisationen von Migrant*innen und Geflüchteten fördern und ihr Engagement bei der Integration Geflüchteter sichtbar machen.

Unsere Mitverantwortung: Fluchtursachen bekämpfen!

Bayern trägt vor allem als größte Waffenschmiede Deutschlands zweifellos eine Mitverantwortung an der humanitären Tragödie millionenfacher Flucht. Deshalb werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wir wollen deshalb den Stopp aller Exporte von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern in Kriegs- und Krisengebiete sowie ein Ende der Sonderrolle Bayerns in der Rüstungsexportpolitik. An den Universitäten werden wir uns für deutlich mehr Friedensforschung statt Militärforschung einsetzen. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene für strukturelle Reformen zur Bekämpfung von Fluchtursachen stark machen, zugleich aber die bayerischen Landesmittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen erhöhen, um damit eine intensive Kooperation mit ausgewählten

Herkunftsländern zu unterstützen. Eine Verbesserung ihrer Perspektiven durch konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaften ist sowohl im bayerischen als auch im Interesse dieser Staaten.